

Rede
Nr. 031/2026
Kiel, 30.01.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Wohnbauförderung gezielt weiterentwickeln

„Es geht darum, herauszufinden, welche Stellschrauben es noch gibt, an denen man drehen kann. Denn das ist es doch, was wir wollen: Mit Mitarbeiterwohnungen den alten Werkswohnungen ein Comeback geben.“

Sybilla Nitsch zu TOP 1 - Mit Wohnraum Fachkräfte sichern: Gezielte Förderung von Mitarbeiterwohnungen ermöglichen (Drs.20/3997)

Der Fachkräftemangel macht sich überall im Land bemerkbar. Die Öffnungszeiten von Fachgeschäften werden eingeschränkt, zwei Ruhetage pro Woche sind in der Gastronomie auch kein Sonderfall mehr und in den Kitas steht weniger Personal zur Verfügung, als es eigentlich angemessen sein sollte. Darüber haben wir an anderer Stelle bereits gesprochen. Der Fachkräftemangel ist in aller Munde. Als zweithäufigstes Hindernis, für mehr wirtschaftliche Vitalität, so wurde mir es in Gesprächen mit Unternehmensleitenden genannt, vor allem der Mangel an Wohnraum ist. Das ist bitter, weil die so dringend gebrauchte Fachkraft theoretisch verfügbar wäre, jedoch tatsächlich dann auch nur ausschließlich in der Theorie und nicht in der Praxis der Unternehmen. Gerade die Unternehmen in touristisch stark nachgefragten Regionen, können davon ein Lied singen. Für Feriengäste gibt es Zimmer genug, Wohnraum für Fachkräfte entwickelt sich eher zum Glücksspiel. Eine Herausforderung die gerade auf den nordfriesischen Inseln und auf Helgoland nicht neu ist. Pendeln ist bei einigen Insellagen kaum eine Option. Viele Firmen vor Ort, halten daher schon Wohnungen für Mitarbeitende vor. Das Pilotprojekt in Grömitz wurde

bereits genannt. Die Azubi-Bude auf Sylt ist ebenfalls ein Beispiel, was zielgerichtet zwischen Unternehmern der Insel Sylt sowie dem Kommunalen Liegenschafts-Management entwickelt wurde. Und auch viele weitere Kommunen schauen sich diese Fragestellung ganz genau an. So wurde mir beispielsweise in Kappeln dargestellt, dass sich die Stadt auf den Weg machen möchte, Lösungen zu finden, um der maritimen Wirtschaft und insbesondere dem Schiffsbau Unterstützung zu bieten. In Zusammenarbeit mit den Firmen vor Ort. Gerade Gewerke, die rar gesät sind, haben es umso schwerer neue Teammitglieder zu finden, da sie ja überregional und teilweise sogar im Ausland anwerben müssen, um passende Bewerbungen reinzubekommen. Bisher zeigt sich, dass die Antragstellung und die Suche nach passenden Fördermitteln für dieses Thema komplex ist. Doch das muss nicht so sein.

Hier dürfen wir als Landespolitik ansetzen, um tragbare Lösungen zu finden. Ähnlich wie schon bei der Landesbauordnung, könnte man nun einmal sämtliche Wohnungsmarktregelungen durchleuchten und überarbeiten. Denn darum geht es doch, herauszufinden, welche Stellschrauben es noch gibt, an denen man drehen kann. Denn das ist es doch, was wir wollen: Mit Mitarbeiterwohnungen den alten Werkswohnungen ein Comeback geben. Jedoch kann dies nicht jedes Unternehmen, neben dem eigentlichen Betrieb, bewerkstelligen und vor allem kann dies nur im kleinen Rahmen geschehen. Das ist mir völlig klar.

Und so verstehe ich auch den Antrag des Kollegen Hölcks. Es geht nicht darum, eine Lösung zu finden, die wie von Zauberhand alle Hindernisse aus dem Weg räumt. Das wäre schön, aber ich verstehe den Antrag so, als dass dieser als ein weiterer Baustein im Gesamtgefüge dienen soll, der aber genauso Lösungen bieten soll für unsere Unternehmen hier im Land. Auch wir als SSW-Fraktion würden es begrüßen, wenn die Landesregierung Förderprogramme zur Errichtung von Wohneinheiten für Mitarbeitende der lokalen Unternehmen erweitern beziehungsweise aufstocken würde. Solche Programme gibt es bereits in anderen Bundesländern, wie etwa NRW, Baden-Württemberg und in Berlin. Schleswig-Holstein würde sich da gut einreihen. Vorher müssten wir uns noch über entscheidende Fragen beäugen, wie dem Fall vom Arbeitgeberwechsel oder einer Unternehmensinsolvenz. Diese Fragestellungen könnte man gut im zuständigen Ausschuss näher erörtern und entsprechende Modelle beisteuern.

Die Koalition betitelt ihren Antrag mit „Land und Wirtschaft gemeinsam für mehr Wohnraum“. Wenn Sie das ernst meinen, dann müssten Sie dem SPD-Vorschlag folgen. Denn ernsthaft die soziale Wohnbauförderung als Erfolg in diesem Kontext zu vermitteln, ist meines Erachtens Augenwischerei. Entscheidend ist es doch tatsächlich zu agieren, bevor sich die Wohnungsfrage zum ausschlaggebendsten Faktor des Wirtschaftsstandorts in Schleswig-Holstein sowie in der gesamten Republik entwickelt.